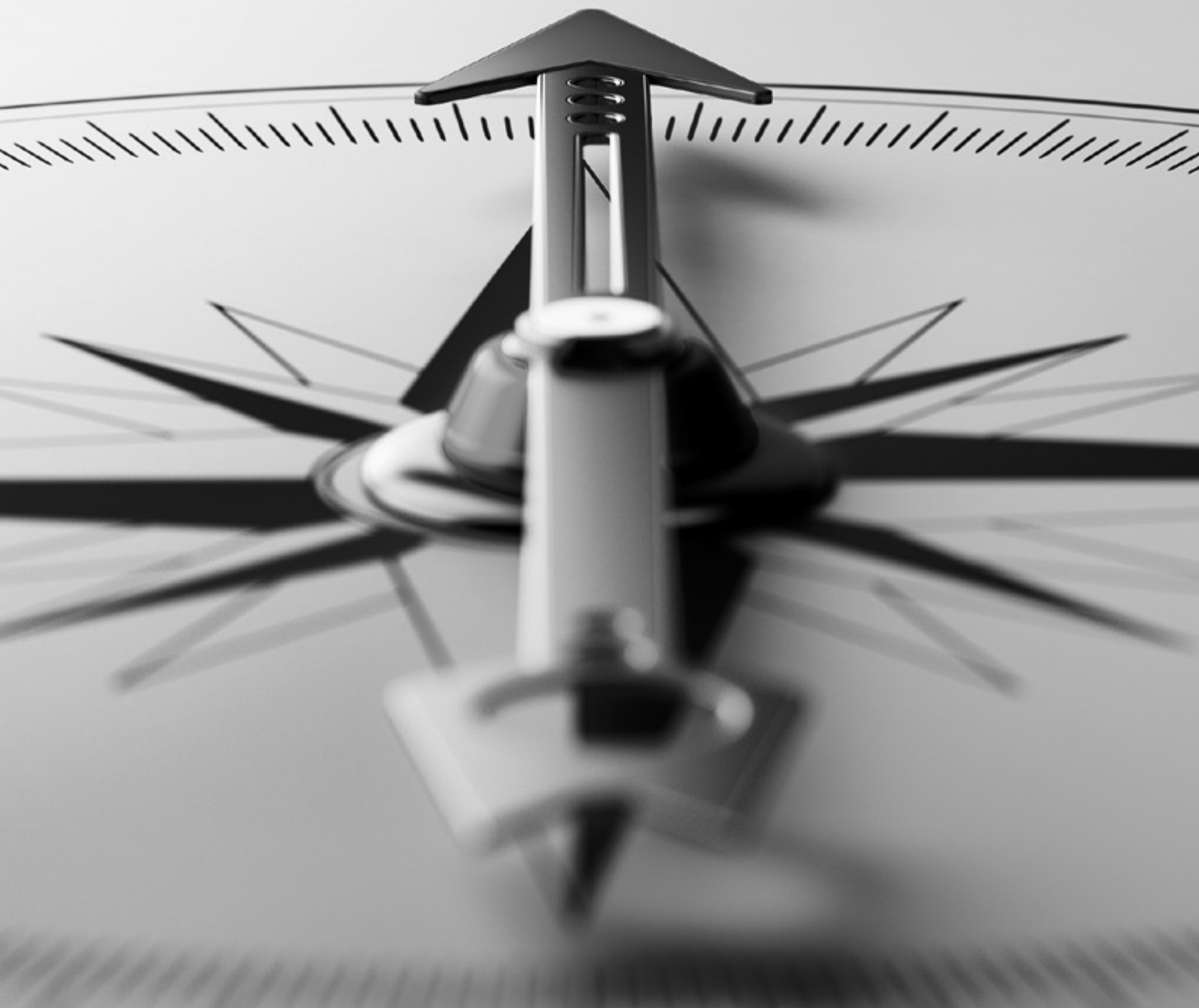


Monitor Ordnungspolitik

Die Soziale Marktwirtschaft: Kompass für aktuelle Herausforderungen

Welche Parteien halten Kurs?

Grundlagen



Grundlagen

Zentrale Punkte

- Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft fußt auf mindestens zwei Grundlagen: dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule und der christlichen Soziallehre.
- Alfred Müller-Armack führte diese beiden Grundlagen im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ zusammen. Ludwig Erhard setzte dieses Konzept in die Praxis um.
- Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als verlässliche und stabile Wirtschaftsordnung bewährt. Sie bleibt auch in aktuellen Debatten unser Kompass.
- Die Normen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft geben in aktuellen Debatten einen klaren Kurs vor. Doch nicht alle Parteien halten diesen Kurs.

Einleitung

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bewährt. Parteien und Verbände bekennen sich zu ihr und berufen sich auf deren „Gründerväter“, um ihre politischen Forderungen zu untermauern.

Das stiftet Verwirrung – denn die Soziale Marktwirtschaft dient als Argumentationsgrundlage für teils widersprüchliche Forderungen. Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wofür die Soziale Marktwirtschaft eigentlich steht. Welche wirtschaftspolitischen Positionen sind im Einklang mit den Grundwerten und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft? Und wie lassen sich die teils widersprüchlichen Forderungen in ihrem Namen erklären?

Die Reihe *Monitor Ordnungspolitik* beantwortet diese Fragen. Die Analyse fokussiert sich auf die drei Themengebiete, bei denen die Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien am deutlichsten hervortreten: Freihandel, Europa- und Haushaltspolitik. Im Folgenden werden die Soziale Marktwirtschaft, ihre Prinzipien und Grundwerte vorgestellt, um ein Grundverständnis dieser Wirtschaftsordnung zu vermitteln. Der erste Teil wird die unterschiedlichen Parteipositionen zum Thema Freihandel analysieren und untersucht, welche Leitlinien das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorgibt. Der zweite Teil untersucht die Parteipositionen zur Europapolitik, bevor der dritte Teil auf die Haltungen zur Haushaltspolitik eingehen wird.

Die Soziale Marktwirtschaft: Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg

Hinter der Sozialen Marktwirtschaft von Freiburger Schule, Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack steckt eine Wirtschaftsordnung mit klaren Prinzipien, Werten und Leitlinien. Die Soziale Marktwirtschaft stellt einen „**Dritten Weg**“ zwischen Planwirtschaft und Laissez-faire-Liberalismus dar. Im Gegensatz zu einer Planwirtschaft setzt die Soziale Marktwirtschaft auf einen freien Markt, der durch den Preismechanismus unter Wettbewerbsbedingungen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringt. Allerdings baut die Soziale Marktwirtschaft auf einen **starken staatlichen Ordnungsrahmen**, innerhalb dessen sich die Bürger frei bewegen können sollten. Der Staat legt die „Spielregeln“ fest und ist als „**Schiedsrichter**“ für deren Einhaltung zuständig, ohne dabei selbst mitzuspielen.¹

Die Freiburger Schule: Walter Euckens konstituierende Prinzipien der Wettbewerbsordnung

Die wirtschaftstheoretischen Grundlagen für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft legten die Vertreter der Freiburger Schule. Für die **Freiburger Schule lässt sich das Freiheitsprinzip** nur innerhalb einer **staatlichen Ordnung** realisieren.² Die Wirtschaftsordnung fußt auf Euckens konstituierenden Prinzipien der **Wettbewerbsordnung**:³

- Ein **funktionsfähiges Preissystem** als **Grundprinzip**. Es gewährleistet, dass Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht stehen. Das Preissystem dient als Signal für Güterknappheit und schafft die Grundlage für Entscheidungen der Marktteilnehmer.⁴
- Die **Geldwertstabilität** ist für die Signalfunktion und Funktionalität des Preissystems unerlässlich. Ohne Geldwertstabilität würden die Marktteilnehmer Preissignale missinterpretieren und verzerrte Entscheidungen treffen.
- **Offene Märkte** erweitern das Warenangebot, intensivieren den Wettbewerb und verhindern so Monopolbildung. Davon profitiert der Verbraucher – und damit jeder Bürger.
- Der **Schutz des Privateigentums** gewährleistet die Handlungsfreiheit des Individuums und verantwortungsvolle Entscheidungen der Marktteilnehmer.⁵
- Das **Haftungsprinzip** besagt: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“. Ansonsten bestünden Anreize, verantwortungslose oder ineffiziente Entscheidungen zu treffen.⁶ Das Haftungsprinzip verhindert, dass Einzelne die Risiken ihrer Entscheidungen auf die Allgemeinheit abwälzen.
- Die **Vertragsfreiheit**. Nur, wenn Marktteilnehmer die Transaktionsbedingungen frei aushandeln können, kann echter Wettbewerb herrschen. Allerdings müssen die Verträge im Sinne des freien Wettbewerbs sein – Kartellverträge fallen nicht unter die Vertragsfreiheit, da Preisabsprachen den Wettbewerb zulasten des Verbrauchers einschränken.
- **Konstanz der Wirtschaftspolitik** schafft Vertrauen und Planungssicherheit – und damit die Grundlage für Investitionen und Wohlstand. Herrscht beispielsweise Unsicherheit oder Misstrauen bei Produzenten vor, werden Investitionen vertagt oder gar nicht erst getätigt.

Die Freiburger Schule: Walter Euckens regulierende Prinzipien der Wettbewerbsordnung

Die Einhaltung dieser konstituierenden Prinzipien gewährt in der Regel eine zuverlässige Wettbewerbsordnung. Allerdings gibt es gelegentlich auch Marktversagen oder zu große Ungleichheit, was einen staatlichen Eingriff erfordert. Die regulierenden Prinzipien ergänzen die konstituierenden Prinzipien und gewährleisten zugleich deren Einhaltung. Sie **stärken die konstituierenden Prinzipien** und geben die Anlässe und Regeln für staatliche Eingriffe vor:

- **Vorkehrungen gegen anormales Angebotsverhalten** sollen verhindern, dass das Angebot entgegen natürlicher Marktprozesse arbeitet. Das wäre beispielsweise der Fall, wenn das Arbeitsangebot trotz sinkender Löhne steigt.
- Die **Wirtschaftsrechnung** regelt den Umgang des Staates mit externen Effekten.⁷ Externe Effekte herrschen vor, wenn sich die Handlungen der Wirtschaftsakteure auf unbeteiligte Dritte auswirken und diese Auswirkungen nicht im Preis erfasst sind (Beispiel: umweltschädliche Emissionen und Produktionsabfälle). Der Staat hat die Aufgabe, solche Effekte zu internalisieren – also in den Preismechanismus einzubeziehen.
- **Wettbewerbspolitik** bzw. **Monopolkontrolle** als Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand.⁸ Wettbewerb garantiert gute Qualität zu vernünftigen Preisen – der Wettbewerb um die Gunst des Verbrauchers gibt Produzenten Anreize, ihre Produkte stetig im Sinne der Verbraucher zu verbessern.⁹ Monopole hingegen versetzen mächtige Unternehmer in die Lage, sich dem Wettbewerbsdruck zu entziehen und höhere Preise zu verlangen. Die Monopolkontrolle soll dafür sorgen, dass Märkte „bestreitbar bleiben und nicht abgeschottet sind“.¹⁰ Der Staat hat für niedrige Markteintrittsbarrieren und die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs(-drucks) zu sorgen.
- Die **Einkommenspolitik** ist ein weiteres regulierendes Prinzip der Wettbewerbsordnung, um Marktversagen durch staatliche Eingriffe zu korrigieren. Der Staat sollte Einkommen besteuern und umverteilen, um sozialen Ausgleich und Teilhabe sicherzustellen. Konkret geht es bei der Einkommenspolitik also um steuerliche Umverteilung, damit ein soziales Sicherungsnetz entsteht.

Allerdings ist die **Einkommenspolitik** an **drei Bedingungen** geknüpft:

1. Besteuerung auf Grundlage der **Leistungsgerechtigkeit**. Bestenfalls geschieht dies in Form einer progressiven Einkommensteuer, wobei der Steuersatz mit höherem Einkommen steigt.
2. Der Staat sollte nur zu weiteren umverteilenden Maßnahmen greifen, wenn die **Ungleichheit** den **sozialen Zusammenhalt gefährdet**.
3. Das soziale Sicherungsnetz soll nur **Bedürftigen** zugutekommen, die sich und ihre Familie nicht auf Grundlage ihrer eigenen Leistung versorgen können und nicht am Leistungswettbewerb teilnehmen können.¹¹

Die Konzeption und Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft: die Verbindung von Ordoliberalismus und christlicher Soziallehre

Grundlage für diese Bedingungen ist die **christliche Soziallehre**, die Alfred Müller-Armack mit dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule zusammenführte und so das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mit großem „S“ schuf.¹²

Wesentliches Element der christlichen Soziallehre ist dabei das **christliche Menschenbild**. Nach dem christlichen Menschenbild ist der Mensch als Geschöpf Gottes mit Freiheit und Eigenverantwortung ausgestattet und als Person mit unverletzlichen Rechten und Pflichten zu betrachten. Die Menschenwürde und der Respekt vor der Selbstbestimmung leiten sich unmittelbar aus diesem Menschenbild ab.¹³

Dieser Respekt ist Grundlage für das **Subsidiaritätsprinzip**, das das Verhältnis zwischen Individuum und Staat bzw. Gesellschaft definiert. Staat und Gesellschaft sollen jedem Individuum die Freiheitsentfaltung gewähren. Das Individuum ist eigenverantwortlich und hat für sich und seine Familie zu sorgen.

Erst, wenn der Einzelne nicht mehr für sich und seine Familie sorgen kann, setzt das **Solidaritätsprinzip** ein. Erst dann sollten Staat und Gemeinschaft tätig werden und „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten. Der Respekt vor der Menschenwürde und dem Individuum als Geschöpf Gottes verlangt, denen soziale Teilhabe zu ermöglichen, die nicht aus eigener Kraft am Wettbewerb und der Gesellschaft teilnehmen können.

Der Staat sollte eine soziale Grundsicherung durch Umverteilung dabei lediglich für die Schwächsten der Gesellschaft bereitstellen, die sich und ihre Familien nicht durch ihre eigene Arbeitskraft versorgen können.¹⁴ **An erster Stelle muss „die eigene Verantwortung stehen, und erst dort, wo diese nicht ausreicht oder versagen muss, setzt die Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft ein“.**¹⁵ So erfüllt die Soziale Marktwirtschaft ihren Zweck, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs“ zu verbinden.¹⁶

Das Solidaritätsprinzip soll das Subsidiaritätsprinzip lediglich ergänzen, aber nicht ersetzen – auch nicht im Namen der sozialen Gerechtigkeit. In der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet **soziale Gerechtigkeit** NICHT soziale Sicherheit, sondern vor allem **Leistungsgerechtigkeit**. Müller-Armack hat ausdrücklich davor gewarnt, „soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einander gleichzusetzen. Wer sich zur Freiheit [...], zum echten Leistungswettbewerb und zur freien Preisbildung als organisierendem Wirtschaftsprinzip bekennt, für den bedeutet soziale Gerechtigkeit nicht ‚jedem das Gleiche‘, sondern ‚jedem das Seine‘, und zwar auf Grund seiner Leistungen“.¹⁷ Eigenverantwortung und Subsidiarität kommen vor Solidarität.

Die Soziale Marktwirtschaft: Kompass für die Herausforderungen unserer Zeit

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich seit ihrer praktischen Umsetzung durch Ludwig Erhard als anpassungsfähige, stabile und verlässliche Wirtschaftsordnung bewährt. Sie ist und bleibt ein „der Ausgestaltung harrender progressiver Stilgedanke“ – ist also **anpassungs- und zukunftsfähig**.¹⁸

Auch in aktuellen wirtschaftspolitischen Debatten ist die Soziale Marktwirtschaft der Kompass. Obwohl sich seit Eucken, Erhard & Co. viel verändert hat, bleiben die **Normen und Prinzipien** der Sozialen Marktwirtschaft **zeitlos**. Sie sind der richtige Ansatz, um auch den Herausforderungen der heutigen Zeit zu begegnen.

Es ist nicht notwendig, das Konzept oder die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft *an sich* zu erneuern oder zu erweitern, obwohl manche Parteien dies fordern. Bündnis 90/Die Grünen befürworten beispielsweise eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“, die „nachhaltigen Wohlstand für Alle“ schafft.¹⁹ Dabei ist eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft um ökologische und nachhaltige Elemente nicht notwendig. Bereits Walter Euckens Prinzip der Wirtschaftsrechnung besagt, dass der Staat bei ökologisch fragwürdigen Handlungen eingzugreifen habe.²⁰ Die Ordoliberalen vertraten die Meinung, dass es „keinen Raubbau an der Natur“ geben dürfe.²¹ Die Soziale Marktwirtschaft trägt außerdem durch effiziente Ressourcennutzung automatisch zum Umweltschutz bei, ist also *per se* ökologisch und nachhaltig. Eine Erweiterung um ökologische Aspekte ist nicht notwendig.²²

Allgemein berufen sich Parteien und Verbände inzwischen auf das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und ihre Gründerväter, um ihre wirtschaftspolitischen Forderungen zu legitimieren. Dabei ist **Vorsicht geboten**. Eine prominente Politikerin der Partei DIE LINKE sagte beispielsweise in einem Interview: „Ludwig Erhard steht für den Anspruch, Wohlstand für alle zu schaffen. Wer diesen Anspruch ernst nimmt, kann heute eigentlich nur noch die Linke wählen.“²³ Paradoxe Weise lehnt DIE LINKE aber die Anwendung einer Wettbewerbsordnung auf manche Bereiche ab.²⁴ Dabei war der Wettbewerb für Ludwig Erhard *das* zentrale Mittel, um „Wohlstand für Alle“ zu realisieren: „‚Wohlstand für alle‘ und ‚Wohlstand durch Wettbewerb‘ gehören untrennbar zusammen“.²⁵

Es lohnt sich also, die verschiedenen Parteipositionen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Konzept und den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu überprüfen und die Gründe für die unterschiedlichen Auffassungen zu beleuchten. Der erste Teil wird die unterschiedlichen Parteipositionen zum Freihandel analysieren, der zweite und dritte Teil werden jeweils die Themen Europapolitik und Haushaltspolitik abdecken.

- 1| Erhard, L. (1957) *Wohlstand für Alle* (Düsseldorf: Econ-Verlag): 135 f.
- 2| Eucken, W. (1990 [1952]) *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Tübingen: Mohr Siebeck): 179.
- 3| Eucken, W. (1990 [1952]) *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*: 254–304.
- 4| Feld, Lars P., A. Doerr, D. Nientiedt & E. Köhler (2016) *Ordnungspolitische Herausforderungen der Digitalisierung* (Sankt Augustin/ Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)):16.
- 5| Feld et al. (2016) *Ordnungspolitische Herausforderungen der Digitalisierung*: 17.
- 6| Eucken, W. (2004 [1952]) *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Tübingen: Mohr Siebeck): 279.
- 7| Eucken, W. (1990 [1952]) *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*: 291–304.
- 8| Erhard, L. (1957) *Wohlstand für Alle*: 7–9.
- 9| Lau, N. (2011) „Die Rolle des Wettbewerbs beim Verbraucherschutz“, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Nr. 129 (September 2011): 10.
- 10| Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw) (2017) *Ordnungspolitischer Bericht 2017: Die Arbeit der Großen Koalition – Eine Bilanz aus ordnungspolitischer Sicht* (München: vbw e.V.): 7.
- 11| Erhard, L. (1988) „Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken“, in: Hohmann, K. (Hrsg.) *Gedanken aus fünf Jahrzehnten: Reden und Schriften* (Düsseldorf: Econ Verlag): 463.
- 12| Müller-Armack, A. (1990 [1947]) *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Kastell Verlag).
- 13| Marx, R. (2009) „Dem christlichen Menschenbild verpflichtet: Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 475 (Juni 2009): 5–10.
- 14| Erhard, L. (1988) „Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken“: 463.
- 15| Erhard, L. (1957) *Wohlstand für Alle*: 262.
- 16| Müller-Armack, A. (1976) *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik* (Freiburg i.B.: Verlag Paul Haupt): 243.
- 17| Müller-Armack, A. (1981) *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte* (Freiburg i.B.: Verlag Paul Haupt): 92.
- 18| Müller-Armack, A. (1976) *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*: 12.
- 19| Özdemir, C. (2017), zitiert in: INSM (2017) „Özdemir: ‚Ludwig Erhard würde heute sagen: Nachhaltiger Wohlstand für alle‘“, Pressemitteilung, 14.02. 2017: <http://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Cem-Oezdemir-Die-Gruenen-Wahlarena17.html> (Zugriff am 27.07.2017).
- 20| Eucken, W. (1990 [1952]) *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (Tübingen: Mohr Siebeck): 291–304.
- 21| Vgl. Franke, S. & D. Gregosz (2013) *Soziale Marktwirtschaft: Was heißt das konkret?* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.)): 12.
- 22| *Die Forderungen, die Bündnis 90/Die Grünen mit einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ verbinden, haben außerdem wenig mit einer marktwirtschaftlichen Grundordnung zu tun. Dazu gehören Ge- und Verbote unterschiedlicher Energieträger, die eher plan- und prozesswirtschaftliche Eingriffe in den Markt symbolisieren. Das Prinzip der Wirtschaftsrechnung verlangt zwar, dass der Staat externe Effekte wie Treibhausgase und CO2-Emissionen internalisieren sollte. Dies sollte allerdings auf Grundlage marktwirtschaftlicher Lösungen passieren – etwa den Handel mit Emissionszertifikaten.*
- 23| Wagenknecht, S. (2017), zitiert in C. Schlesinger, „Sahra Wagenknecht: ‚Wer Erhards Anspruch ernst nimmt, müsste die Linke wählen‘. Interview von Christian Schlesinger“, *Wirtschaftswoche*, 22. Juni 2017. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-wer-erhards-anspruch-ernst-nimmt-muesste-die-linke-waehlen/19970036.html> (Zugriff am 30.03.2018).
- 24| Vgl. zum Beispiel Bartsch, D. (2017), zitiert in INSM (2017) „Bartsch: ‚Es braucht einen grundsätzlichen Systemwechsel‘“, Pressemitteilung, 16.02.2017: <http://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Dietmar-Bartsch-Die-Linke-Wahlarena17.html> (Zugriff am 27.07.2017).
- 25| Erhard, L. (1957) *Wohlstand für Alle*: 9.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Martin Schebesta

Koordinator für Grundsatzfragen der Ordnungspolitik
und Sozialen Marktwirtschaft
Hauptabteilung Politik und Beratung

Tel. 030/26996-3595
Martin.Schebesta@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/
Berlin



Diese Publikation/Der Text dieses Werkes ist lizenziert
unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter:
[https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-
code.de](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de))

Umschlagfoto:
MicroStockHub, iStock

Gestaltung und Satz:
Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-3-95721-440-9

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**



**Deutschland
Das nächste Kapitel**